

CHINA UND EUROPA

- Zu Pompidous Chinabesuch -

Als erstes Staatsoberhaupt aus Westeuropa hat der französische Präsident, George Pompidou, vom 11. bis zum 17. September die VRCh besucht. Diese Reise hat allerdings keine großen Schlagzeilen gemacht, weil zu gleicher Zeit die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vornehmlich auf den sensationellen Sturz des marxistischen Präsidenten von Chile, Salvador Allende, durch die Militärjunta gelenkt wurde. Neben der französischen hat nur die chinesische Presse den Stellenwert von Pompidous Staatsbesuch besonders hervorgehoben. Noch vor der Ankunft des französischen Präsidenten in Peking veröffentlichte das Parteiorgan "Volkszeitung" an auffälliger Stelle auf der Titelseite ein Photo von Pompidou und dazu noch ein Leitartikel zu seiner Begrüßung (1). Die Bedeutung von Pompidous Staatsbesuch für Peking wurde ebenfalls dadurch demonstriert, daß der französische Staatspräsident am zweiten Tag seines Besuches überraschend von dem chinesischen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung zu einem fast zweistündigen Gespräch empfangen wurde. Dies gilt als neuer Rekord, wenn man die Gesprächsdauer mit der von Maos Empfang für Nixon (21.2.72) von einer Stunde und der für Kissinger (17.2.73) von anderthalb Stunden vergleicht (2). Am 13.9. widmete die JMJP der Gipfelbegegnung zwischen Mao und Pompidou sogar die ganze Titelseite. Auf drei der vier Photographien des zweistündigen Treffens in der "Verbotenen Stadt" von Peking ist ein offensichtlich blendend gelaunter Pompidou zu sehen, wie er Mao die Hand schüttelt und mit ihm plaudert (3). (Pompidou äußerte dem chinesischen Parteichef gegenüber: "Es ist mir eine große Ehre, dem Mann begegnen zu dürfen, der das Gesicht der Welt verändert hat") (4). Noch seltener als die Länge des Gesprächs mit Mao war die Tatsache, daß die Frau des Parteivorsitzenden, Chiang Ch'ing, bei einer Vorführung des Balletts "Die Rote Frauenkompanie" zu Ehren des hohen französischen Gastes am Abend des 12. September nicht - wie sonst seit der Kulturrevolution in einer Soldatenuniform, sondern in einem westlichen Kostüm mit langem, weit ausgestelltem grauem Rock und grüner Jacke erschien. (5).

Pompidou wurde in China so ehrenvoll behandelt, weil die Chinesen ihn nicht nur als Präsidenten von Frankreich, sondern auch als führenden Politiker Westeuropas ansehen.

Die Entwicklung der chinesischen Europapolitik

Die Beziehungen Chinas zu Europa sind weitgehend von den historischen und geographischen Gegebenheiten beeinflusst worden. In der zweiten Hälfte des letzten und der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts haben die Chinesen hundert Jahre lang stark unter dem westlichen Imperialismus gelitten. Zwar hat die Revo-

lution von 1949 den Einfluß westeuropäischer Mächte in China beseitigt, doch hegte Peking diesen gegenüber bis vor kurzer Zeit infolge der historischen Reminiszenzen immer noch großes Mißtrauen. Geographisch gesehen sind Europa und China voneinander weit entfernt, aber zwischen ihnen liegt die Sowjetunion. Daher können die unter diesen Dreien herrschenden Machtverhältnisse nicht ohne unmittelbare Verflechtung sein. Darüber hinaus stehen die Beziehungen zwischen Westeuropa und China auch in engem Zusammenhang mit der großen weltpolitischen Konstellation. In der Zeit des Kalten Krieges war China der stärkste Bundesgenosse der Sowjetunion und Westeuropa der mächtigste Partner der USA. Später brachte dann die ideologische Auseinandersetzung Peking - Moskau und die wirtschaftliche Konkurrenz Westeuropa - Amerika die Weltpolitik aus ihrer Bipolarität zurück in eine Multipolarität. Eine Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und China dürfte diesen Trend noch beschleunigen, und gerade dies ist ja das allerhöchste Ziel der gegenwärtigen Außenpolitik Chinas.

In der Entwicklung der Beziehungen Pekings zu Europa lassen sich grob drei Stufen unterscheiden: Die Zeit von 1949 bis 1963 wurde durch eine Art "Flitterwochen" zwischen Peking und Moskau gekennzeichnet. Obwohl schon ab 1959 die ideologische Divergenz immer sichtbarer wurde, zeigte sich der Ostblock nach außen hin noch einheitlich. Die Europapolitik Pekings in jener Phase unterschied sich in nichts von derjenigen der Sowjetunion. Die zweite Phase ging von 1964 bis 1970. Die Spaltung zwischen Peking und Moskau trat offen zutage und dehnte sich überdies vom ideologischen auf den politischen Bereich aus. Um sich in der Außenpolitik von Moskau unabhängig zu machen, versuchte Peking 1964-1965, seine Beziehungen zur Dritten Welt, aber auch zum Westen zu verbessern. Diese Entwicklung erfuhr jedoch durch den Beginn der Kulturrevolution 1966 eine Unterbrechung. Im Laufe der Kulturrevolution bemühten sich die Chinesen in erster Linie um die Pflege der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten. Dabei hofften sie, die Sowjetunion zu isolieren oder mindestens ihre eigene Isolation vermeiden zu können. Neben Albanien konnte Peking tatsächlich nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Tschechoslowakei noch einen gewissen Einfluß in anderen Balkanländern, wie Rumänien und Jugoslawien, gewinnen. Seit 1971 befindet sich Pekings Außenpolitik in einer neuen Epoche. Auf der Seite des Westens haben die Amerikaner ihre Eindämmungspolitik gegen die VRCh aufgegeben. Überdies verbesserte sich Pekings weltpolitische Position wesentlich, als es 1971 - anstelle der nationalchinesischen Regierung in Taiwan - die Vertretung für das ganze China in der UNO übernahm. Innerhalb zweier Jahre haben neun europäische Länder (Italien, San Marino, Österreich, Belgien, Island, Malta,

Griechenland, die BRD und Luxemburg) diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen. Jetzt sind Portugal und der Vatikan die einzigen Staaten in Europa, die noch diplomatische Beziehungen zu der nationalchinesischen Regierung in Taiwan unterhalten. Irland hat weder mit Peking noch mit Taipei Beziehungen.

China und die europäische Sicherheitskonferenz

Die eifrigen Annäherungsbemühungen Pekings an Westeuropa sind aber auch eine Reaktion auf die Um-disposition der sowjetrussischen Strategie. Moskau versucht nämlich, einen politischen Kompromiß in Europa zu erreichen, um damit militärisch seine Westflanke freimachen und gleichzeitig die Ostflanke gegenüber China verstärken zu können. Dagegen wünscht China ein vereinigt und unabhängiges Westeuropa,; nicht nur um die Macht der Sowjetunion in Europa in Schach zu halten, sondern auch um den amerikanischen Einfluß aus Europa zu verdrängen. Diese Europapolitik Pekings kam zum Ausdruck am 3. Oktober 1972 in der allgemein politischen Rede seines Stellvertretenden Außenministers Ch'iao Kuan-hua vor der 27. UNO-Vollversammlung. Bei der Stellungnahme zur Europäischen Sicherheitskonferenz erklärte der chinesische Stellvertretende Außenminister: "Wenn man Frieden und Sicherheit in Europa wirklich gewährleisten will, ist es - so glauben wir - notwendig, der Aggression, Intervention, Subversion und Kontrolle der Supermächte entschlossen entgegenzutreten, die Militärblocke aufzulösen, die fremden Truppen abzuziehen und eine friedliche Koexistenz unter den europäischen Staaten zu verwirklichen, auf der Grundlage der allgemeinen Respektierung von Unabhängigkeit und Souveränität, der gegenseitigen Nichtaggression, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen sowie der Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteile. Sonst kann die sogenannte 'Europäische Sicherheitskonferenz' nur ein anderer Name sein für die Aufteilung von Einflußsphären unter den beiden Supermächten bei Verwendung der Militärblocke. Eine solche Konferenz sollte man eher 'Gefahrenkonferenz' als 'Sicherheitskonferenz' für Europa nennen." Der Stellvertretende Außenminister der VRCh betonte besonders, daß es zur Zeit einige Leute gebe, die die Gemütsverfassung der europäischen Völker und ihr Verlangen nach Frieden ausnutzen, um auf alle Weise und unter Aufbietung aller Kräfte die Tatsache zu verbergen, daß Frieden und Sicherheit in Europa immer noch bedroht seien. Sie versuchten, den falschen Eindruck einer Entspannung in Europa unter dem Motto "Im Westen nichts Neues" zu erwecken, um so ihr heimliches Ziel zu erreichen. "Die chinesische Regierung und das chinesische Volk", versicherte Ch'iao, "unterstützen entschlossen alle Bemühungen der europäischen Völker im Widerstand gegen die Machtpolitik und Hegemonie der Supermächte" (6).

Noch deutlicher soll Ministerpräsident Chou En-lai

im letzten Januar einer italienischen Regierungsdelegation unter Führung von Außenminister Giuseppe Medici seine Bedenken hinsichtlich der 'Europäischen Sicherheitskonferenz' geäußert haben. Wie die Italiener trotz der als vertraulich bezeichneten Gespräche verriet, sei Peking nicht gegen die 'Europäische Sicherheitskonferenz' an sich. Es warne aber vor einer übereilten Konferenz, die zu keinen klaren Resultaten führen würde. Gewinner einer solchen Entwicklung wäre Moskau, das damit einerseits die nationalistischen Bestrebungen Osteuropas unterdrücken und andererseits den weiteren Zusammenschluß Westeuropas bremsen könnte. Diese Gefahr sehe Peking vor allem dann, wenn die Konferenz einem Kontrollmechanismus zustimmen würde, der unterschiedliche Interpretationen zuließe und der es den Sowjets erlaube, sich in die Angelegenheiten der Westeuropäer einzumischen (7).

Wenn auch Chinas Warnung für Europa in erster Linie seinen eigenen Sicherheitsinteressen dient, so ist sie doch gleichzeitig auch eine Überlegung, die Chinas eigenen Erfahrungen im Verkehr mit Moskau entspringt. Angesichts der tatsächlich auftretenden Schwierigkeiten bei der 'Europäischen Sicherheitskonferenz' erscheinen die Bedenken Chous kaum übertrieben. Bereits am ersten Tag der Genfer Kommissionsberatungen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist die Kontroverse zwischen Ost und West mit aller Deutlichkeit zutage getreten. Während die westlichen und neutralen Delegationen den Sinn und den möglichen Konferenzserfolg von einer gründlichen Erörterung aller Einzelfragen abhängig machen, interessiert sich der Osten für eine möglichst schnelle Verabschiedung feierlicher Grundsatzserklärungen von allerdings zweifelhafter Verbindlichkeit und Tragweite. Dazu herrscht auf beiden Seiten das tiefe Mißtrauen, die andere Seite wolle die in Helsinki ausgehandelten Formeln in Frage stellen oder neu interpretieren und sich dadurch Vorteile auf Kosten der Gegenseite verschaffen (8).

China und die EWG (EG)

Der Wandel in der Europapolitik Pekings zeigt sich am deutlichsten in der Beurteilung der 'Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Bis etwa 1970 galt die EWG in den chinesischen Publikationen immer als eine berüchtigte Organisation des Monopolkapitals der sechs Länder zur verstärkten "Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung im eigenen Lande" sowie zur gemeinsamen "Ausplünderung" der Wirtschaftsressourcen in Afrika" (9). Ferner betrachtete China damals die Entstehung der EWG und die der Europäischen Freihandelszone (EFTA) als Beweis für die sich zuspitzenden Widersprüche in der kapitalistischen Welt (10). Als 1970 Großbritannien seine Bemühungen um einen Beitritt zur EWG verstärkte, sah die chinesische Presse darin eine "neue Runde der Balgerei der imperialistischen Cliquen um die beherrschende Position in Westeuropa", nämlich einen Kampf zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Großbritannien

um die Hegemonie in Westeuropa (11).

Ein Wendepunkt zeichnete sich Mitte 1971 ab. In der Ausgabe vom 8.6.1971 schilderte die "Peking Rundschau" die Begegnung zwischen dem französischen Präsidenten Pompidou und dem britischen Premierminister Heath am 20. und 21. Mai und sah darin einen Trend zur Neugruppierung in Europa. Nach dieser chinesischen Veröffentlichung sollen Pompidou und Heath bei ihrer Unterredung nicht nur die Frage des britischen EWG-Beitritts erörtert haben, sondern auch der Frage eines von den beiden "Supermächten", den USA und der Sowjetunion, unabhängigen "europäischen Europa" nachgegangen sein. Die Modifizierung der chinesischen Haltung gegenüber der EWG zeigt sich jedoch vor allen Dingen noch in dem abschließenden Satz des Berichts: "Obwohl verschiedene Widersprüche zwischen den westeuropäischen Ländern bestehen, entwickelt sich die Tendenz zur Vereinigung dieser Länder zum Widerstand gegen die Rivalität zwischen dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus weiter" (12).

Nachdem die Gipfelkonferenz der EWG am 19. und 20. Oktober 1972 in Paris die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion für Ende 1980 beschlossen hat, ist Peking, wenn man nach der Tonart seiner Presse urteilt, Westeuropa noch einen Schritt nähergekommen. Am 21.10. betonte die amtliche chinesische Presseagentur "Hsinhua": "Die Ergebnisse der Konferenz zeigen, daß die westeuropäischen Staaten, infolge der zunehmenden Bedrohung ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit durch die scharfe Rivalität der beiden Supermächte in Europa, entschlossen sind, ihre wirtschaftliche und politische Kooperation zu forcieren und ein unabhängiges Europa aufzubauen, das 'seine Persönlichkeit behaupten' und sich von der Einmischung und Kontrolle der beiden Supermächte befreien will". Dabei werden bemerkenswerterweise die "Widersprüche" zwischen den einzelnen EWG-Staaten überhaupt nicht mehr erwähnt (13).

Eine noch deutlichere positive Stellungnahme Chinas gegenüber der EWG zeigt sich in der Art und Weise, wie "Hsinhua" den endgültigen Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks in die Gemeinschaft begrüßte. Unter dem Titel "Westeuropäische Länder stärken ihre Einheit, um mit den Supermächten zu konkurrieren" schildert die Presseagentur, daß die Kapazität der erweiterten EWG mit ihrer Bevölkerungszahl, ihrer Stahl- und Kraftfahrzeugproduktion, ihren Gold- und Devisenreserven sowie ihrem Außenhandelsvolumen selbst diejenige der USA in den Schatten stellt (14).

In dem chinesisch-französischen "Gemeinsamen Kommuniqué" zu Pompidous Chinabesuch läßt die chinesische Regierung ihre Sympathie für die westeuropäische Vereinigung offiziell zum Ausdruck bringen. Es heißt: "China unterstützt die Bemühungen der europäischen Völker, die Unabhängigkeit, Souve-

ränität und Sicherheit jedes Staates zu wahren und auf dieser Grundlage sich zur Wahrung ihrer gemeinsamen Sicherheit zu vereinen" (15). Nach einer Meldung von dpa (2.10.73) aus Brüssel hat die VRCh bereits einen als informell bezeichneten diplomatischen Kontakt mit der Europäischen Kommission aufgenommen, der letzten Endes zu einer Anerkennung der Gemeinschaft durch Peking führen könnte (16).

Bilanz von Pompidous Chinabesuch

Unter den westeuropäischen Staaten hat Frankreich die besten Beziehungen mit der VRCh. Bei dem Gespräch zwischen Pompidou und Mao Tse-tung hat der chinesische Parteivorsitzende nicht versäumt zu bemerken, daß vor zehn Jahren - dank der Bemühungen General de Gaulles - Frankreich das erste westeuropäische Land war, das mit China volle diplomatische Beziehungen aufnahm (17). Zwar hatten Großbritannien und die Niederlande bereits 1954 - also noch vor Frankreich - diplomatische Beziehungen zu Peking angeknüpft, doch sie wurden erst im vergangenen Jahr auf Botschaftsebene angehoben. Die einzigen europäischen Staaten, die noch früher - nämlich schon seit 1950 - volle diplomatische Beziehungen mit der VRCh unterhielten, sind die Schweiz und die skandinavischen Länder, aber diese standen außerhalb der EWG.

Für Peking hatte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Frankreich 1964 insofern noch eine größere Bedeutung, als sie einen Durchbruch der außenpolitischen Isolation der VRCh kennzeichnete. Damals unternahm Präsident de Gaulle diesen Schritt, um seine außenpolitische Unabhängigkeit von den USA zu demonstrieren. Nach Frankreich haben seinerzeit noch die afrikanischen Staaten Kongo (Brazz.), Zentralafrika, Zambia, Dahome und Mauretanien diplomatische Beziehungen mit der VRCh aufgenommen. Auch die Bundesrepublik verhandelte zwischen Mai und November 1964 mit Peking über die Aufnahme von Handelsbeziehungen, aber diese Verhandlungen scheiterten anscheinend an den komplizierten Verknüpfungen zwischen der Berlin- und der Taiwanfrage (18).

Die französische Außenpolitik unter de Gaulle war für China vor allen Dingen auch einer der Impulse zur Ausweitung seiner Zwischenzonen-Theorie. Sechs Tage vor Aufnahme der französisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen gab die JMJP zum ersten Mal eine offene Definition von den zwei Zwischenzonen (Aufbau einer zweiten Zwischenzone): "Die Zwischenzonen zerfallen in zwei Teile: Der erste besteht aus den schon selbständigen sowie um die Selbständigkeit kämpfenden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; dies ist die erste Zwischenzone. Der andere Teil besteht aus den kapitalistischen Staaten ganz Westeuropas, Ozeaniens und Kanada; dies ist die zweite Zwischenzone. Die Staaten der zweiten Zwischenzone haben einen doppelten Charakter. Während die herrschenden Klassen dieser Länder als Ausbeuter und Unterdrücker gelten, sind sie selbst noch unter amerikanischer Kontrolle, Einmischung und Demütigung. Deshalb wollen sie sich von

dieser amerikanischen Kontrolle befreien. Insofern haben sie einen gemeinsamen Punkt mit den Völkern der sozialistischen Staaten" (19). In einem Gespräch mit den japanischen Sozialisten äußerte der Parteivorsitzende Mao Tse-tung am 10.7.1964 zu der These von zwei Zwischenzonen noch folgende Meinung: "Alle Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas treten gegen den Imperialismus auf. Auch Europa, Kanada und andere Länder stellen sich gegen den Imperialismus. Imperialisten erheben sich sogar gegen die Imperialisten. Bietet dafür nicht de Gaulle ein Beispiel?" (20).

Die Verschmelzung der beiden Zwischenzonen zu einer Einheitsfront wurde u.a. durch den Tod General de Gaulles und die chinesische Kulturrevolution gestört. Im Zuge der Neugestaltung der Außenpolitik Pekings nach der Kulturrevolution haben die chinesischen Führer bei ihrem Dialog mit dem Nachfolger de Gaulles ganz sicher versucht, die alte Idee mit frischem Mut erneut anzupacken. Kaum war der französische Präsident in Peking gelandet, erblickte er über den Köpfen der zu seiner Begrüßung erschienenen großen Volksmassen ein Spruchband mit der Aufschrift: "Seid fest in der Unterstützung der Völker Europas in ihrem Kampf gegen die Hegemonie" (21). In seiner Rede auf dem Galadiner für Pompidou am 11.9. ging Chou auf diesen Punkt noch näher ein. Er bekräftigte, daß es zwischen China und Frankreich neben ihren bilateralen Beziehungen noch eine Gemeinsamkeit in der Weltpolitik gebe: "Diese besteht nämlich darin, daß wir beide unsere eigene Unabhängigkeit und Souveränität schätzen, daß wir beide keine Kontrolle, keinen Einfluß und keine Aggression vonseiten irgendeiner Supermacht dulden, und daß wir beide gegen die Manipulation von einer oder beiden Supermächten in den Weltangelegenheiten sind" (22).

Doch Pompidou ist kein de Gaulle. Ihm fehlt die große Persönlichkeit des Generals, und es mangelt ihm auch an einer großen und zündenden politischen Idee. Die jetzige Pariser Außenpolitik hängt zwischen französischem Nationalismus und europäischer Integration, zwischen "Detente und Entente". Auf den starken Wunsch Chinas nach einem mächtigen vereinigten Westeuropa reagierte die französische Seite in dem chinesisch-französischen Gemeinsamen Kommuniqué vom 14.9.73 in Peking nur zurückhaltend (23): "Mit Loyalität zu seinen Bündnissen verfolgt Frankreich eine auf Entspannung, Verständigung und Zusammenarbeit unter allen Völkern des Kontinents sowie auf die Bildung einer wirklich europäischen Union unter den neun Mitgliedsländern der EWG gerichtete Politik".

Übereinstimmung herrscht zwischen beiden Seiten in den großen Prinzipien: Sie sind für Gleichheit aller Länder, ob groß oder klein. Sie lehnen ausländische Einmischung in die Angelegenheiten eines Landes ab und verurteilen die Hegemonie. Offenbar um Pompidous willen hat das Kommuniqué an dieser Stelle auf eine Attacke gegen die Supermächte

verzichtet. Auch in den Fragen der Dritten Welt, der Abrüstung und des internationalen Handels haben die beiden Partner keine volle Übereinstimmung erreichen können. Laut Kommuniqué hat über diese Probleme nur ein eingehender Meinungsaustausch stattgefunden. Zwar sind sowohl Peking als auch Paris gegen die Verträge über Atombeschränkungen, aber ihre Motivierungen sind unterschiedlich. Während Frankreich bei der Atomrüstung die Modernisierung seiner nationalen Verteidigung im Auge hat, begründet China seine nukleare Politik mit dem Motto, das nukleare Monopol der Supermächte durchbrechen und letzten Endes alle Atomwaffen in der Welt abschaffen zu wollen. In den anderen beiden Themenbereichen - beim Welthandel und bei der Dritten Welt - haben beide Seiten noch wenige gemeinsame Interessen. Peking bekräftigt ständig, daß China noch ein Entwicklungsland sei und zur Dritten Welt gehöre. Dagegen zählt sich Frankreich zum Club der Industriestaaten.

Diskutiert wurde - laut Kommuniqué - noch die Situation in Indochina. Beide Seiten sind mit den Verträgen über Waffenstillstand bzw. Frieden in Vietnam und Laos zufrieden und fordern die Einhaltung dieser Verträge. Ferner lehnen sie fremde Einmischung in Kambodscha ab. Jedoch beharrt China auf seinem Standpunkt, die Exilregierung unter Sihanouk in Peking als "einzig legale Regierung von Kambodscha" anzuerkennen. Eine Neutralisierung von ganz Indochina nach den früheren Vorstellungen General de Gaulles dürfte Pompidou im Gespräch mit der chinesischen Führung zwar angesprochen haben, doch ist dieser Punkt im Kommuniqué nicht erwähnt. Darüber kann es sicher auch keine Einigung zwischen Paris und Peking geben.

Am meisten zufrieden sind beide Seiten mit der Entwicklung ihrer bilateralen Beziehungen. Vor der Begegnung mit Pompidou hatte der chinesische Parteivorsitzende Mao Tse-tung schon den französischen Planungsminister Bettencourt (13.7.1970), den ehemaligen Ministerpräsidenten Couve de Murville (14.10.1970) und den Außenminister Schumann (1972) empfangen. Aus China haben Außenhandelsminister Pai Hsiang-kuo, der stellvertretende Außenminister Ch'iao Kuan-hua und der Außenminister Chi P'eng-fei nacheinander in den Jahren 1971 bis 1973 Frankreich besucht. Fortschritte sind auch bei den Kontakten beider Staaten auf den Gebieten der Kultur, der Sprachlehre, der Wissenschaft, des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports zu verzeichnen. Zwischen China und Frankreich wurde bereits im Oktober 1965 ein Abkommen über Kulturaustausch abgeschlossen (24).

Etwas zurückhaltender ist die Entwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten. Frankreich stand 1972 nach Japan, Hong Kong, Canada, der BRD und neben der Sowjetunion, Großbritannien und Italien etwa an 5. oder 6. Stelle unter den Handelspartnern Chinas (25). Gegenüber 1971, als das chinesisch-französische Handelsvolumen 1,011 Mrd. NF betrug, ist es 1972 auf 829 Mill. NF gesunken. Zwar nahm der chinesische Export nach Frankreich um 25 % zu, aber der französische Export nach China ging sogar um 50 % zurück (s. Tabelle).

Mit dem Verkauf der beiden französischen Concorde-Überschallflugzeuge an China scheint man auch nach Pompidous Chinabesuch ebenso wenig weitergekommen zu sein wie mit dem Absatz des SECAM-Farbfernsehensystems, für das - wie Präsident Pompidou selbst feststellte - in China noch auf längere Zeit kein dringendes Bedürfnis besteht (26).

Dennoch sind beide Seiten übereingekommen - so das Gemeinsame Kommuniqué - "die praktischen Möglichkeiten der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und das Problem der Erhöhung des Austausches auf dem Gebiet der Technologie, der Industrie und insbesondere der entwickelten Sektoren der Petrochemie, der Aeronautik sowie der mechanischen und Elektroindustrie weiter zu studieren". Ferner beschlossen sie den Abschluß eines Schiffahrtsabkommens und die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Luftverkehrs. Bereits 1965 wurde das sino-französische Luftfahrtabkommen unterzeichnet. Ein Handelsabkommen zwischen Frankreich und China steht offensichtlich noch nicht in Aussicht.

Französischer Handel mit der VR China 1965 - 1973 (in Mio. NF)

Jahr	französischer Import	französischer Export
1965	215	296
1966	266	454
1967	237	460
1968	263	432
1969	395	233
1970	388	448
1971	393	618
1972	529	300
1-6/73	311	?

Quelle: Le Monde 11.9.73

Die sowjetische Reaktion auf Chinas Europapolitik

Die chinesische Liebe zu Westeuropa ist zwar der Form nach bislang immer noch platonisch, aber schon das genügt psychologisch, um Moskau zu beunruhigen. Nachdem die JMJP am 21.1.1964 die Zwei-Zwischenzonen-Theorie offenbart hatte (s.o.), fühlte sich die Sowjetunion sofort getreten und griff unter dem Titel "Der proletarische Internationalismus - Das Banner der Werktätigen aller Länder und Kontinente" in der Zeitschrift "Kommunist" am 29. 4.64 das Thema auf: "Die Führer der Kommunistischen Partei Chinas haben die Theorie der 'Zwischenzonen' herausgestellt, in die sie den gesamten nichtsozialistischen Teil der Welt außer den USA einbeziehen. Nach dieser Konzeption ist der Angelpunkt der gesamten Weltpolitik nicht der Kampf der Gesellschaftssysteme, sondern die Aggression der USA in der 'Zwischenzone' Sollten sich etwa die chinesischen Führer in den monopolistischen Kreisen Westdeutschlands, Englands, Frankreichs und Japans bereits nach Bundesgenossen für ihren Kampf mit dem sogenannten 'modernen Revisionismus' (die Sowjetunion - d.Verf.) umsehen?" (27). Auf das Gespräch Mao Tse-tungs vom 10.7.64 mit den

japanischen Sozialisten in Peking, in dem der chinesische Parteivorsitzende außer der Erläuterung der Zwei-Zwischenzonentheorie (s.o.) noch die Rückgabe der von der Sowjetunion besetzten vier Kurilen-Inseln an Japan forderte sowie den Russen die vielen Annexionen in Osteuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zum Vorwurf machte, reagierte Moskau mit einer Rüge. Die "Prawda" attackierte am 2.9. die Chinesen: "Die Zwischenzone verkörpert nach den Worten der chinesischen Theoretiker die Revolution und den Fortschritt. Was die Sowjetunion und die USA betrifft, so sind sie dieser Theorie zufolge 'ein Komplott eingegangen' zum Kampf um die Weltherrschaft. Daraus wird die Schlußfolgerung gezogen, daß der Kampf der Völker der Zwischenzone gegen den amerikanischen Imperialismus und gleichzeitig auch gegen die Sowjetunion notwendig sei. Das ist die Hauptbestimmung der theoretischen Übungen der chinesischen Führung" (28).

Die chinesische Unterstützung für die westeuropäische Vereinigung trifft die Sowjetrussen noch stärker an ihrer empfindlichsten Stelle. Denn EWG wie NATO sind den Russen ein Dorn im Auge. Eine politische Union will Moskau ganz sicher nicht gern sehen. Moskaus Sicherheitsplan für das ganze Europa gilt als ein Manöver, um die Weiterentwicklung der EWG zu einer politischen Union zu stören oder sogar zu verhindern. Die sowjetische Zeitschrift "Mezhdunarodnaja Zizn" (Internationales Leben) hat den westeuropäischen Staaten den Vorwurf gemacht, daß ihre Bemühungen um politische Integration der "allgemeinen Tendenz zur Vertiefung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz" zuwiderliefen (29). Die chinesische positive Bewertung der Erweiterung der EWG (s.o.) wird von "Novoe Vremja" einem beschwörenden Artikel kritisiert: "Die chinesischen offiziellen Persönlichkeiten befleißigen sich bei jeder passenden Gelegenheit, die westeuropäischen Politiker von der Notwendigkeit der Vereinigung der Länder des Westens zu überzeugen, um der Sowjetunion in Europa die Stirn zu bieten. Mit dem vereinigten kapitalistischen Europa verbinden die Maoisten nicht nur Hoffnungen, einen Verbündeten im Kampf gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder zu gewinnen, sondern auch ihre Pläne einer technischen Neuausstattung der chinesischen Industrie mit Hilfe des Westens und der weiteren Vergrößerung des militärischen, darunter auch des Atom-Raketen-Potentials Chinas" (30).

Am selben Tag, als sich Präsident Pompidou und der Parteivorsitzende Mao begegneten, hat die Sowjetunion ihren größten unterirdischen Atomversuch seit den sechziger Jahren unternommen. Sonst hat jedoch die sowjetische Presse auf Pompidous Chinabesuch sehr zurückhaltend reagiert (31). Radio Moskau sprach am 13.9. sogar von einem positiven Aspekt: "In diesem Zusammenhang könnte die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Frankreich und China und die Verstärkung der Bande zwischen dem französischen und dem chinesischen Volk einen wertvollen Beitrag zur allgemeinen Gesundung des internationalen Klimas leisten und in der Weltöffentlichkeit die Idee der

friedlichen Koexistenz verankern". Nur durch Zitate aus der Weltpresse äußerte der Rundfunksprecher indirekt die Beschuldigung, "daß Peking bei seinen Verhandlungen mit Frankreich an allererster Stelle sich befließigt, das Prestige und den Einfluß dieses Landes zur Erreichung seiner egoistischen Ziele in Europa auszunutzen (32). In der TASS-Meldung vom 17.9. wird festgestellt, "daß sich in den Gesprächen Meinungsverschiedenheiten in den Auffassungen Frankreichs und Chinas zu Fragen im Zusammenhang mit der Si-

tuation in Europa, den Ost-West-Beziehungen und an deren Problemen ergeben haben."(33)

Die Zurückhaltung der Sowjets entspringt offenbar dem Wunsch, die sowjetisch-französischen Beziehungen nicht zu stören. Noch während des Aufenthalts von Pompidou in Peking hat die französische Seite mitgeteilt, daß der Präsident bereits Anfang 1974 die Sowjetunion besuchen werde (34).

Nieh

- 1) JMJP 11.9.73
- 2) S. dazu "Die Welt" 13.9.73 und CSM 14.9.73
- 3) Reuter-dpa, Peking, 13.9., zitiert nach "Die Welt" 14.9.73
- 4) NCNA 13.9.73
- 5) Vgl. CSM 14.9.73 und Foto von NCNA 13.9.73
- 6) JMJP 5.10.72
- 7) "Die Welt" 12.1.73
- 8) FAZ 20. u.21.9.73
- 9) Han Shih-lung, "Zur Entstehung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" ("Lun Hsi-o-kung-t'ung-shih-ch'ang ti ch'i-yüan"), in: Ching-chi Yen-chiu (Wirtschaftsforschung) 1964/9, S.44 ff.
- 10) Yang Chen-lin, "Der Wirtschaftswiderspruch in Westeuropa nimmt zu" (Hsi-o ti Ching-chi Mao-tun chai Fa-chan), JMJP 2.11.59; vgl. auch Kommentare zur Entstehung der EFTA von JMJP 24.7. u. 24.11.59
- 11) S. "Großbritannien und Frankreich: Streit um die EWG", PRU 70/6; "Gemeinsames Einverständnis zwischen Großbritannien und Westdeutschland: Jeder hat seine Hintergedanken", PRU 70/14
- 12) PR 71/23
- 13) NCNA 24.10.73
- 14) NCNA 6.1.73
- 15) JMJP 18.9.73
- 16) Nach FAZ 3.10.73; zur gleichen Spekulation einige Monate früher: Harry Hamm, "Peking und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft",
- FAZ 15.1.73
- 17) JMJP 13.9.73
- 18) Dazu s. C.a.1972, S.29 ff.
- 19) Leitartikel JMJP 21.1.64
- 20) Nach Heinrich Bechtoldt: Chinas Revolutionsstrategie. Mit der Dritten Welt gegen Rußland und Amerika. München 1969, S.261
- 21) "Die Welt" 12.9.73
- 22) JMJP 12.9.73
- 23) Text des chinesisch-französischen Kommuniqués, NCNA 17.9.73
- 24) JMJP 5.10.65
- 25) Vgl. China Trade and Economic Newsletter, London, No.210 April 1973
- 26) S. NZZ 19.9.73 und FAZ 18.9.73
- 27) Nach Heinrich Bechtoldt: Chinas Revolutionsstrategie, aaO,S.259f.
- 28) Ebenda, S.261 f.
- 29) Nach Hans Bräker, "Die Sowjetunion, China und die EWG", in: 'aus politik und zeitgeschichte', B 29/73, S.13.; vgl. FAZ 7.7.73
- 30) Ju. Usov, Zapadnaja evropa i politika Pekina (Westeuropa und die Politik Pekinga), in: Novoe Vremja, Nr.43 (20.10.72) S.18 f.; nach Hans Bräker aaO, S.11
- 31) Nach NZZ 20.9.73
- 32) Radio Moskau, französisch, 13.9.73, nach Ostinformationen 14.9.73
- 33) Nach Ostinformationen 18.9.73
- 34) FAZ 17.9.73